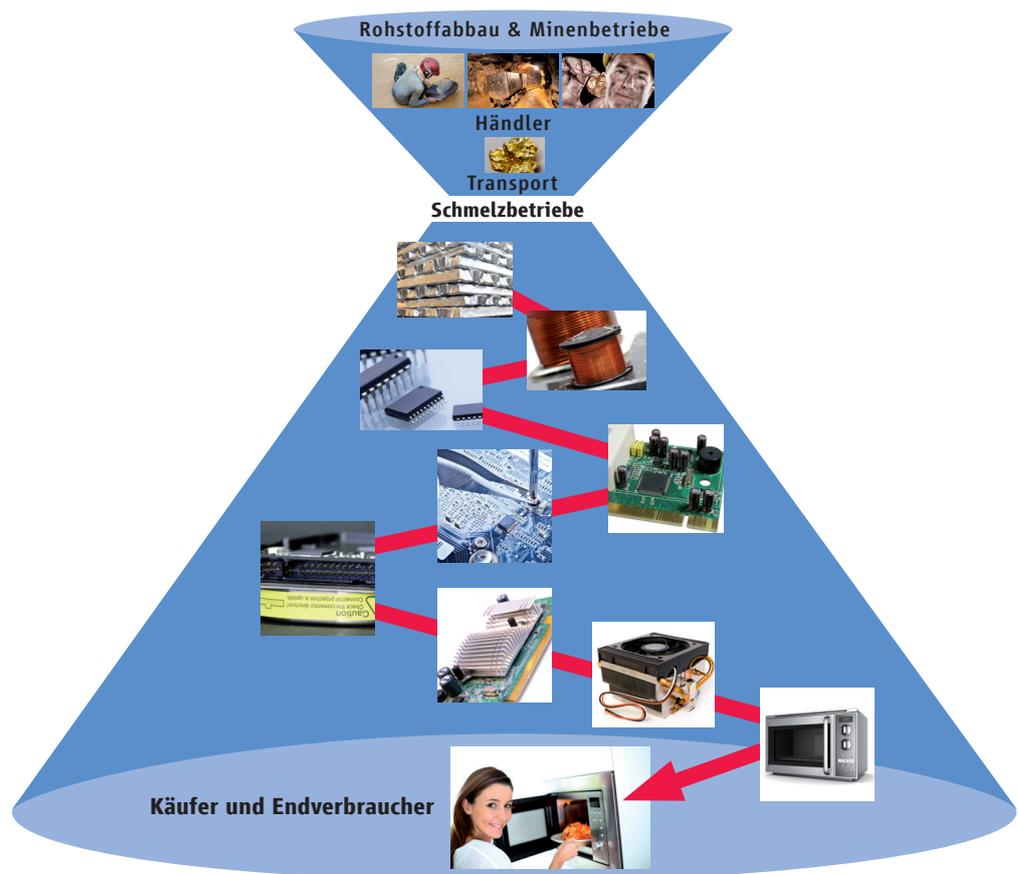


Konfliktrohstoffe

Positionspapier und Hintergrundpapier
der Elektroindustrie





Impressum

Konfliktrohstoffe

Herausgeber:

ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik-
und Elektronikindustrie e.V.

Abteilung International Trade & Future Markets

Lyoner Straße 9

60528 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 6302-356

Fax: +49 69 6302-487

E-Mail: itfm@zvei.org

www.zvei.org

Verantwortlich:

Klaus John

Leiter International Trade & Future Markets

Unter Mitarbeit von:

European Office (Brüssel)

Abteilung Technisches Recht und Standardisierung

Abteilung Umweltschutzpolitik

Abteilung Wirtschaftspolitik, Konjunktur & Märkte

Juli 2013

Trotz größtmöglicher Sorgfalt übernimmt der ZVEI
keine Haftung für den Inhalt. Alle Rechte, insbesondere
die zur Speicherung, Vervielfältigung und Verbreitung
sowie der Übersetzung, sind vorbehalten.



Positionspapier der Elektroindustrie zu Konfliktrohstoffen

ZVEI-Kernanliegen:

Problemstellung

- Rohstoffe sind die Grundlage für jeden industriellen Produktionsprozess und somit für die Industrie unabdingbar.
- In einigen wenigen Regionen der Welt besteht die Gefahr, dass die aus der Rohstoffgewinnung erlangten Mittel für die Finanzierung bewaffneter Konflikte verwendet werden können.
- In dem Versuch, den Zusammenhang zwischen Rohstoffabbau und Konfliktförderung zu durchtrennen, sind eine Reihe von Initiativen eingeleitet worden, darunter auch Section 1502 des US-amerikanischen Dodd-Frank Acts.
- Obwohl die Elektroindustrie die Motivation solcher Initiativen (nämlich die Verhinderung und Eindämmung bewaffneter Konflikte und Krisensituationen in Drittländern) vorbehaltlos unterstützt, wird ein produktbezogener Ansatz und eine durchgehende Zertifizierung als nicht zielführend erachtet.

Hauptargumente

- Die Forderung einer durchgehenden, produktbezogenen Zertifizierung vom Rohstoff zum Endprodukt erzeugt Unmengen von Zertifikaten und eine aufwendige bürokratische Zertifikatsverwaltung mit hohen Kosten auf allen Produktionsstufen.
- Eine produktbezogene Zertifizierung über die gesamte Lieferkette wird EU-Unternehmen motivieren – wenn nicht sogar zwingen –, die Produktion soweit als möglich in Drittländer zu verlegen.
- Eine produktbezogene Zertifizierung über die gesamte Lieferkette erzeugt Zertifikate, die nicht auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden können, da ein chemischer bzw. geologischer Herkunftsnachweis nur vor der Schmelze erfolgen kann.
- Eine produktbezogene durchgehende Zertifizierung über die gesamte Lieferkette bringt keinen Mehrwert gegenüber einer Zertifizierung der Schmelzbetriebe, die die Rohstoffe zur ersten Verarbeitung annehmen.

Kernforderung

- Ein Problemlösungsansatz sollte sich auf das konzentrieren, was machbar und nachweisbar ist. Die Elektroindustrie schlägt daher einen systemischen Ansatz vor. Die Zertifizierung soll sich auf die Ebene der Schmelzbetriebe beschränken: Denn nur vor bzw. während der Schmelze ist ein chemischer/geologischer Herkunftsnachweis (Fingerprint) möglich.

Problemlösungsansatz

1. Eine Zertifizierung der Schmelzbetriebe durch freiwillige public-private Partnership mit Unterstützung der nationalen Regierungen sowie der EU.
2. Vertragsrechtliche Verpflichtung der Lieferanten zur Verwendung von konfliktfreien Mineralien, zurückgehend bis zum zertifizierten Schmelzbetrieb.

Positionspapier der Elektroindustrie zu Konfliktrohstoffen

Bedeutung der Rohstoffe für die Industrie

Rohstoffe bilden die Grundsubstanz aller Fertigungserzeugnisse. Sie sind damit Ausgangsmaterialien für jeden industriellen Produktionsprozess. Rohstoffe werden im Bergbau bzw. in der extraktiven Industrie, in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei gewonnen. Der Großteil der Rohstoffe wird durch mineralische und organische Primärrohstoffe abgedeckt.

Die Gewinnung mineralischer Rohstoffe erfolgt in Lagerstätten. Mineralische Rohstoffe sind nicht erneuerbare Rohstoffe, zu denen metallische (z. B. Eisen-, Kupfer-, Zinn-, Zink-, Aluminium-, Silber- und Golderze), die nicht metallischen (z. B. Steine, Erden, Salze und Edelsteine) sowie die Energierohstoffe (vor allem Kohle, Erdöl und Erdgas) zählen.

In Europa setzen sich die Rohstoffeinfuhren aus Energierohstoffen, Metallen (Erze und Metalle der ersten Verarbeitungsstufe) und Nichtmetallen zusammen. Da es in Europa bereits seit Anfang der 1990er-Jahre keinen klassischen Erzmetallbergbau mehr gibt, ist eine hohe Importabhängigkeit bei allen Erzen und Konzentraten gegeben. Dabei bilden die Rohstoffe des Bergbaus die unverzichtbare Grundlage für die nachfolgenden Wertschöpfungsstufen in der industriellen Produktion. Das hohe Niveau des Recyclings dämpft diese Abhängigkeit der Importe jedoch insbesondere bei Metallrohstoffen.

Wieso werden Rohstoffe zu Konfliktrohstoffen?

Es ist zunächst festzustellen, dass die Zusammenhänge zwischen Rohstoffen und bewaffneten Konflikten äußerst vielschichtig und in

keiner Weise eindeutig sind. Jede gewaltsame Auseinandersetzung hat ihre eigene Konfliktgeschichte und -dynamik, die sehr genau analysiert, identifiziert und eingestuft werden muss. Ein generelles ‚Konfliktschema‘, das für jeden Standort weltweit anwendbar ist, kann weder abgeleitet noch können Beweggründe und Mechanismen einheitlich beschrieben werden. In gleicher Weise sind konfliktfördernde Faktoren (Finanzierungen, Menschenrechtsverletzungen, instabile politische/gesellschaftliche Situation etc.) von Land und Region abhängig und sehr unterschiedlich.

In einigen wenigen Abbaugebieten der Welt besteht aufgrund innerstaatlicher Krisensituationen allerdings das Risiko der Finanzierung bewaffneter Konflikte mittels der Erlöse aus Rohstoffverkäufen.

Im Falle der im vorgenannten Sinn ‚konfliktbehafteten‘ Demokratischen Republik Kongo (DRC) werden heute als Konfliktrohstoffe definiert:

- Columbit-Tantalit (‚Coltan‘; Rohstoff zur Niob- und Tantalgewinnung), u. a. als Bestandteil von Kondensatoren; Einsatz zur Produktion von Baustahl (Niob)
- Kassiterit (Zinnstein; Rohstoff zur Zinnengewinnung), u. a. als Bestandteil von Katalysatoren, Halbleitern, Legierungen; Einsatz in Lötprozessen, als Stabilisator für PVC, in Verpackungen (Konservendosen)
- Wolframit (Rohstoff zur Wolframgewinnung), u. a. als Bestandteil von Legierungen in der Automobilindustrie; Einsatz in Mikroelektroden, ‚Wolframdraht‘
- Gold, u. a. in der Schmuckherstellung, Elektronik-, Optik- und Medizinindustrie, als Münzen und Barren im Zahlungsverkehr

Hier sind zwei Feststellungen zu treffen:

1. Rohstoffe an sich sind ‚wert-‘ und damit auch ‚konfliktneutral‘.
2. Lediglich die Verwendung der aus der Rohstoffgewinnung erlangten Mittel/Gelder kann moralische Bedenken aufwerfen.

Aus dieser Feststellung resultiert die Fragestellung, wie man einer solchen verwerflichen Mittelverwendung entgegenwirken kann.

Wege der Konfliktrohstoffe

Im Folgenden soll am Beispiel von Rohstoffen aus der Demokratischen Republik Kongo der Weg von der Mine bis zum Endprodukt nachgezeichnet werden.

Nach Abbau der Mineralien werden diese zu großen Handelszentren (i. d. R. Bukavu und Goma) im Land transportiert. Exportunternehmen erwerben die Mineralien in den Handelszentren und beliefern wiederum internationale Händler. Diese Händler verkaufen die Ware an Raffinerien bzw. Schmelzwerke. Dort werden die Mineralien bzw. Erze raffiniert, d. h. eingeschmolzen, und aus ihnen durch physikalisch-chemische Verfahren z. B. Zinn, Tantal, Niob, Wolfram oder Gold gewonnen.

In den Schmelzwerken werden Mineralien und Erze aus verschiedensten kongolesischen Landesteilen, Anrainerstaaten und anderen Ländern konzentriert, vermengt und prozess-technisch aufbereitet. **Nach der Schmelze ist eine Zurückverfolgung der Herkunft des betreffenden Metalls (Fingerprint) nicht mehr möglich.** Nach der Schmelze schließt sich der Verkauf an Händler und Hersteller von Vorprodukten an. Diese wiederum finden ihren Einsatz über die vielen Stufen der Komponenten, Bauteile etc. in industriellen und privaten Endprodukten. Von der Schmelze bis zum fertigen Endprodukt können **fünf bis 20 Bearbeitungsschritte** verzeichnet werden.

Aktueller Diskussionsstand

Obwohl das Ziel des Trennens der Verbindung zwischen dem Abbau von Rohstoffen und der Förderung bewaffneter Konflikte und Krisensituationen von der Industrie vorbehaltlos unterstützt wird, gibt es eine Reihe von Problemen bei den existierenden Initiativen. Auf internationaler Ebene bestehen verschiedene Ansätze mit der Zielsetzung, den Handel mit Konfliktrohstoffen einzudämmen und zu garantieren, dass innerhalb der internationalen Lieferketten keine Konfliktrohstoffe verwendet werden. Das bekannteste Regulierungsvorhaben ist der US-amerikanische Dodd-Frank Act, der eine Offenlegung der gesamten Lieferkette erfordert.

Der ‚Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act – (DFA)‘

Der US-amerikanische Dodd-Frank Act zur Reform des US-Finanzmarktrechts mit dem Ziel, Verantwortlichkeit und Transparenz zu stärken, wurde im Juli 2010 von Präsident Obama unterschrieben. Abschnitt 1504 dieses Gesetzes sieht vor, dass Unternehmen, die an amerikanischen Börsen gehandelt werden, in ihren Jahresberichten gegenüber der U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) Zahlungen an ausländische Regierungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Nutzung von Öl, Gas und Mineralien offenlegen müssen.

Abschnitt 1502 des Gesetzes geht spezifisch auf Konfliktrohstoffe aus der Demokratischen Republik Kongo und ihren Nachbarländern ein und benennt explizit Coltan, Gold, Wolfram und Zinnerz. Danach sollen Unternehmen, die diese Stoffe verarbeiten und an der US-Börse gelistet sind, jährlich nachweisen, dass die Rohstoffe, die für die Herstellung ihrer Produkte verwendet werden, nicht zur Finanzierung bewaffneter Gruppen in der Region beitragen. Schlussendlich werden betroffene Unternehmen dazu verpflichtet, offenzulegen,

- ob in ihren Produkten Konfliktrohstoffe eingesetzt werden (technical audit) und wenn ja, ob
- diese aus der DR Kongo oder Nachbarländern stammen.

Wenn dies zutrifft, muss das Unternehmen einen unabhängig auditierten ‚Conflict Minerals Report‘ erstellen und veröffentlichen (Berichtspflicht). Der Bericht umfasst dabei die

- Beschreibung der Maßnahmen zur Sorgfaltspflicht in der Lieferkette, die
- Beschreibung der Produkte, die ‚nicht DRC-konfliktfrei‘ sind, die
- Beschreibung des industriellen Verarbeiters (Hütte/Schmelze), die
- Angabe des Herkunftslands und die
- Beschreibung der Maßnahmen zur Bestimmung der Herkunft/Lokalität der Konfliktrohstoffe mit der größtmöglichen Genauigkeit.

Dieses Gesetz führt durch den Herkunftsnachweis erstmals weitreichende Prüfungspflichten für Lieferanten und Stoffströme ein. Damit ergibt sich aus dem produktbezogenen Ansatz des Dodd-Frank Acts für die Praxis die Offenlegung der gesamten Lieferkette, der die 100%ige Absicherung der Lieferkette erfordert.

Der Dodd-Frank Act verfolgt damit einen produktbezogenen Ansatz der Offenlegung der gesamten Lieferkette.

Schwierigkeiten einer produktbezogenen Zertifizierung

Geprägt von dem Blick auf den Dodd-Frank Act werden auf europäischer Ebene zurzeit verschiedene Ansätze zum Umgang mit Konfliktrohstoffen in der Lieferkette diskutiert. Die Elektroindustrie betrachtet die Option einer produktbezogenen Zertifizierung von der Mine bis zum Endprodukt skeptisch, da hierbei einige schwerwiegende Konsequenzen nicht beachtet werden:

- Ausländische Zulieferanten, wie insbesondere Rohstoff- und Grundstofflieferanten, können durch die EU-Gesetzge-

bung weder verpflichtet noch gebunden werden. Somit lässt sich die Wahrheitsmäßigkeit der gemachten Aussagen nur schwer überprüfen. Erschwerend kommt hinzu, dass die durchgehende Zertifizierung vom Rohstoff zum Endprodukt am Anfang der Zertifizierungskette gerade auf die Unternehmen trifft, die verwerfliche Aktivitäten entfalten. Welche Motivation sollte hier bestehen, 'richtige' Zertifikate auszustellen?

- Eine unglaubliche Menge an Zertifikaten müsste verwaltet werden. Für einen einzigen Jumbojet (747) wären eine Million Zertifikate zu verwalten. Eine derartige Zertifikatsverwaltung ist bürokratisch sehr aufwendig und wäre mit hohen Kosten auf allen Produktionsstufen verbunden.
- Eine naheliegende Konsequenz wäre daher, dass Unternehmen einer solchen produktbezogenen Zertifizierungspflicht durch den Boykott der betroffenen Rohstoffe und Länder ausweichen werden. Ein Boykott wiederum würde vor allem die bereits notleidende Bevölkerung treffen, da diese von legalen und unbedenklichen Einnahmemöglichkeiten durch den Rohstoffabbau abgeschnitten würde.

Fazit:

- Die Forderung nach einer durchgehenden Zertifizierung vom Rohstoff zum Endprodukt schafft hohe Kosten, die die Lieferkette und damit die Endprodukte verteuern, ohne für eine „richtige/wahrheitsgemäße“ Zertifizierung zu sorgen, und schädigt die Menschen in den Abbaugebieten, da eine Boykottwirkung erreicht wird.
- Durch eine derartige verpflichtende Regulierung entstünden zudem erhebliche Wettbewerbsnachteile für europäische Unternehmen, die u. a. die Rohstoffsicherheit für die Unternehmen einschränken würde.

Somit kann das Ziel der „Verhinderung bewaffneter Konflikte“ durch eine durchgehende Zertifizierung vom Rohstoff zum Endprodukt nicht erreicht werden.

Sicht der Industrie

Europäische Unternehmen sind in vielen Ländern der Welt aktiv. Nachhaltige Rohstoffsicherung ist für die Unternehmen von größter Bedeutung. Die Verantwortung für integres Handeln im In- und Ausland wird von den global agierenden europäischen Unternehmen gesehen und – soweit dies im Handlungs- und Entscheidungsbereich der Unternehmen liegt – wahrgenommen.

Die deutsche Elektroindustrie unterstützt die bestehenden internationalen Initiativen wie die Due-Diligence-Leitlinien der OECD, die einen Rahmen für die Verbesserung der Sicherheit innerhalb der Lieferkette schaffen. Die Due-Diligence-Leitlinien bieten den Unternehmen einen risikobasierten Systemansatz, welcher einen freiwilligen Rahmen zur spezifischen Umsetzung bietet. Die freiwillige Natur des OECD-Referenzrahmens ermöglicht den Unternehmen, die OECD-Anforderungen mit den speziellen Abläufen und Prozessen innerhalb des Unternehmens zu vereinbaren. Obligatorische Umsetzungsanforderungen hätten zur Folge, dass die Unternehmen – die ihre Managementprozesse und Abläufe selber am besten kennen – einheitlichen Anforderungen unterworfen würden, die die Effizienz der Unternehmen stark beschränken können. Daher spricht sich die deutsche Elektroindustrie für einen Problemlösungsansatz auf freiwilliger Basis aus. Zudem begrüßt der ZVEI die – ebenfalls auf freiwilliger Basis entstandenen – Initiativen der Industrie und Zivilgesellschaft wie die ‚Conflict-Free-Smelter‘-Initiative von EICC und GeSI.

Allerdings liegen die Grenzen der Einflussnahme durch die Unternehmen dort, wo faktisch keine Zugriffsmöglichkeiten für bzw. durch europäische Unternehmen bestehen.

Es ist primär Aufgabe einer kohärenten Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf nationaler und internationaler Ebene, die demokratische und gesellschaftliche Entwicklung dieser Länder zu verbessern und das so-

genannte ‚institution building‘ zu verstärken. Die Wirtschaft kann diesen Prozess unterstützen, aber nicht ersetzen.

Die Unternehmen sind sich der Verantwortung für die Herstellung ihrer Produkte bewusst und arbeiten daran, Sozialstandards und Nachhaltigkeit entlang der Lieferkette sicherzustellen. Für Konflikte in Regionen, in denen sie Handel betreiben, können sie jedoch nicht verantwortlich gemacht werden.

Problemlösungsansatz

1. Zertifizierung der Schmelzen

Durch die Komplexität der Lieferketten, in denen eine Vielzahl von Produktionsschritten durchlaufen werden muss, bis ein Produkt vom Originalhersteller (OEM) verarbeitet wird, ist die Rückverfolgung der einzelnen Bauteile eines fertigen Produktes bis zur Mine für den Endhersteller unmöglich.

Da eine solche Rückverfolgung vom Endprodukt bis hin zum Herkunftsort der mineralischen Rohstoffe für den Endhersteller nicht zu gewährleisten ist, sollten sich Zertifizierungsinitiativen und Nachverfolgungssysteme auf bestimmte Bereiche innerhalb der Lieferkette konzentrieren.

Zunächst ist es wichtig, einen effektiven Kontrollpunkt am Anfang der Lieferkette zu schaffen.

Als Nadelöhr innerhalb der Lieferkette bieten sich hier die Verhüttungsbetriebe (Schmelzen) an, in denen das Metall aus den Erzen ausgeschmolzen wird. Bestehende Initiativen wie die EICC-GeSI-Kooperation zur Zertifizierung von Schmelzbetrieben bestätigen die Machbarkeit dieses Ansatzes.¹ Nur vor dem Einschmelzen ist ein chemischer/geologischer Herkunftsnachweis (Fingerprint) noch möglich. Nach der Verhüttung lassen sich die ursprünglichen Erze nicht mehr zuordnen, daher sind die Schmelzen die letztmögliche Kontrollstelle. Zudem bietet sich diese Kontrollstelle auch aus Gründen der Machbarkeit

¹ <http://www.eicc.info/extractives.shtml>

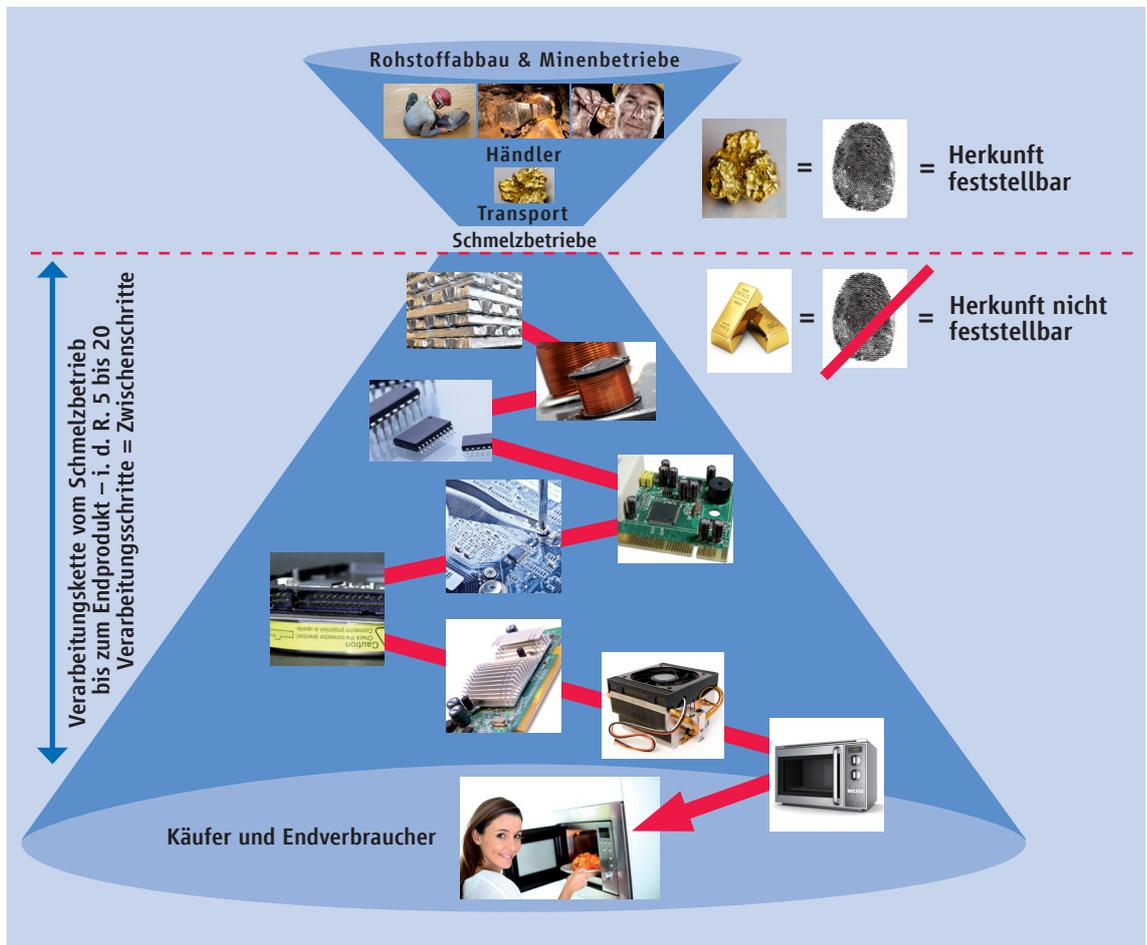
Eine Zertifizierung auf Ebene der Schmelzbetriebe konzentriert sich auf das, was machbar und nachweisbar ist:

- Erkennbarkeit der Rohstoffherkunft = Minenbetriebe, Händler, Schmelzbetriebe
- Verwendung der Mittel = Rebellen/Staat
- Erkennbarkeit der Seriosität der Zulieferer = Schmelzbetriebe
- Chemischer bzw. geologischer Herkunftsnachweis = Schmelzbetriebe
- Zertifizierung weniger (ca. 200) Unternehmen weltweit = Schmelzbetriebe
- Idee der Zertifizierung am ‚Bottleneck‘ = Schmelzbetriebe
- Kostenminimierung für Zertifizierungen = Schmelzbetriebe
- Möglichkeit der Kostenweitergabe an Kunden = Schmelzbetriebe
- Vertrag mit Zulieferanten = Herstellerbetrieb
- Vertragliche Verpflichtung der Zulieferanten = Herstellerbetrieb

und Effizienz an. Die große Anzahl von artisa-nalen und kleineren Minen allein im afrikani-schen Gebiet der Großen Seen ist nur schwer schätzbar und somit kaum kontrollierbar. Die Anzahl der Schmelzbetriebe ist dahingegen begrenzt. Die EICC-GeSI-Initiative schätzt die weltweite Anzahl von Verhüttungsbetrieben auf 151 (OECD schätzt 200). Ein effektiver Kontrollmechanismus auf Ebene der Verhüt-tungsbetriebe wäre daher eine wesentliche Vereinfachung für die Nachweisführung der Unternehmen in der nachgelagerten Produk-tionskette. Die Anzahl der Schmelzbetriebe, die durch die EICC-GeSI-Kooperation mithilfe eines Multi-Stakeholder-Prozesses überprüft und zertifiziert wurde, ist bereits von elf Schmelzen auf 29 Schmelzen angewachsen. Dies zeigt die Machbarkeit eines solchen Ansatzes, der auf die Kooperation zwischen Industrie und Zivilgesellschaft setzt.

Fazit:

- **Die Zertifizierung der Schmelzbetriebe als ‚Bottleneck‘ ist sinnvoll, da sich hier eine Zertifizierung auf wenige Unternehmen erstreckt, und diese Art der Zertifizierung als einzige nachvollziehbar und überprüfbar ist, denn nur vor der Schmelze ist ein chemischer/geologischer Herkunftsnachweis (Fingerprint) möglich.**
- **Eine Zertifizierung der Schmelzbetriebe ist einfacher umzusetzen und zu verifizieren als die produktbezogene Zertifizierung über die gesamte Lieferkette. Somit bietet ein solcher systemsicherer Ansatz einen erheblichen Mehrwert.**



2. Unterstützende Rolle der Regierungen und der Europäischen Union

Die Elektroindustrie sieht hier zudem eine unterstützende Rolle bei den Regierungen und der Europäischen Union. Um die bestehenden Ansätze auszuweiten und eine flächendeckende Zertifizierung der Schmelzen zu erreichen, sollte die Regierung als Facilitator auftreten und in den Dialog mit den staatlichen Behörden am Standort der jeweiligen Schmelzbetriebe treten. Die Zustimmung und Unterstützung der betreffenden Regierungen ist auch aufgrund der staatlichen Souveränitätsrechte und der Grundregeln der internationalen Kooperation erforderlich. Der Industrie kommt hier eine unterstützende Rolle zu. Die Zertifizierung der Schmelzbetriebe sollte jedoch durch unabhängige Dritte geschehen.

3. Gestaltung der vertragsrechtlichen Verpflichtungen durch die Unternehmen

Dieser Ansatz der Zertifizierung der Schmelzen sollte durch die Unternehmen im Rahmen von vertragsrechtlichen Verpflichtungen ergänzt werden.

In dieser Hinsicht sollen die Unternehmen durch vertragsrechtliche Bedingungen die Verwendung von konfliktfreien Mineralien einfordern. Durch das Weiterreichen dieser Anforderungen wird ein Kaskaden-System geschaffen, das vom Ende der Lieferkette bis hin zu ihrem Ansatz, den zertifizierten Schmelzen, reicht. Für die Unternehmen ist dieser Ansatz durchsetzbar, da sie – anders als bei der Gewährleistung der Lieferkette ab Rohmaterial – direkte Kontrolle über die Gestaltung ihrer Vertragsbedingungen haben.

Gleichzeitig wird somit ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, dass Konfliktrohstoffe nicht in die Lieferkette aufgenommen werden. Somit greifen die vorgeschlagenen Ansätze ineinander und unterstützen sich gegenseitig. Ziel ist ein Zusammenwirken dieser Ansätze, um die Transparenz innerhalb der gesamten Lieferkette zu steigern, effektive Kontrollmöglichkeiten zu etablieren und somit garantieren zu können, dass in den Endprodukten keine Konfliktrohstoffe enthalten sind.

Hieraus ergibt sich folgender Problemlösungsvorschlag:

- **Zertifizierung der Schmelzbetriebe durch freiwillige public-private Partnership mit Unterstützung der Regierungen sowie der EU**
- **Vertragsrechtliche Verpflichtung der Lieferanten zur Verwendung von konfliktfreien Mineralien**

Diesen Lösungsansatz sehen wir im Einklang mit den folgenden Initiativen und Vorschriften²:

- OECD, ‚Due Diligence‘-Leitlinien³
- EICC und GeSI, ‚Conflict-Free-Smelter‘-Initiative⁴
- EITI-Initiative⁵
- Bestehende NGO-Initiativen zur Sorgfalt in der Lieferkette, wie der Ansatz des ‚Enough Project‘, das ebenfalls auf die Zertifizierung der Schmelzbetriebe setzt⁶
- EU-Verordnung 1183/2005, Einfrieren der Konten und Wirtschaftsressourcen⁷
- EU-Verordnung 889/2005, Waffenembargo; Verbot finanzieller Unterstützung⁸

Diesen Lösungsansatz sehen wir ebenfalls im Einklang mit den Aktivitäten deutscher Bundesbehörden und der bereits aktiven deutschen Initiative ‚Mineral Certification at the BGR‘⁹

- Deutsche Rohstoffagentur (DERA)¹⁰
- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)¹¹
- Mineral Certification at the BGR¹²

² In Bezug zur DRC

³ http://www.oecd.org/document/36/0,3746,en_2649_34889_44307940_1_1_1_1,00.html

⁴ <http://www.eicc.info/Extractives.shtml>

⁵ <http://eiti.org>

⁶ http://www.enoughproject.org/conflicts/eastern_congo/conflict-minerals

^{7,8} <http://www.ausfuhrkontrolle.info/ausfuhrkontrolle/de/embargos/kongo/verordnungen/index.html>

⁹ http://www.bgr.bund.de/EN/Themen/Min_rohstoffe/CTC/Home/CTC_node_en.html

¹⁰ <http://www.deutsche-rohstoffagentur.de>

¹¹ http://www.bgr.bund.de/DE/Home/homepage_node.html

¹² http://www.bgr.bund.de/EN/Themen/Min_rohstoffe/CTC/Home/CTC_node_en.html



ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik-
und Elektronikindustrie e.V.
Lyoner Straße 9
60528 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 6302-0
Fax: +49 69 6302-317
E-Mail: zvei@zvei.org



www.zvei.org